

SOZIALES

Niedersächsisches Gleichstellungsgesetz

Anpassung notwendig

Das Bündnis für ein Niedersächsisches Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen (NBGG) hat im Rahmen der Überprüfung dieses Gesetzes aktuelle Mängel in der Umsetzung kritisiert.

„Die Entwicklung in einigen Bereichen ist nicht zufriedenstellend“, sagte der 1. Landesvorsitzende Adolf Bauer. Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. und die 14 weiteren Bündnispartner forderten in ihrer Stellungnahme gegenüber dem Sozialministerium insbesondere die Anpassung des NBGG an die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. „Die UN-Konvention schreibt vor allem die Inklusion für alle Lebensbereiche fest. Darauf warten die Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen“, betonte Bauer. „Außerdem fordert das Bündnis verstärkte Anstrengungen zur Gleichstellung von Frauen mit Handicaps sowie zugunsten

einer umfassenden Barrierefreiheit öffentlicher Einrichtungen“, berichtete er. Auch müsse aus der bisher vorgesehenen einmaligen Evaluation des NBGG eine regelmäßige Berichtspflicht der Landesregierung werden. „Nun ist schleunigst eine Weiterentwicklung des Gesetzes nötig, bei der auch die Betroffenen selbst und ihre Interessenvertretungen gehört werden müssen“, mahnte der SoVD-Landesvorsitzende abschließend an.

Zu dem niedersächsischen Bündnis gehören neben dem SoVD-Landesverband unter anderem auch der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen sowie die Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen Niedersachsen“. Das detaillierte Positionspapier des Bündnisses ist im Internet unter www.gleichstellungsgesetznds-jetzt.de abrufbar.

SoVD-Buchempfehlung zum Sozialstaat

Vergleich mit Skandinavien

Skandinavien dient in Diskussionen über den Sozialstaat häufig als Vorbild. Deshalb spricht das Buch „Deutschland und das Skandinavische Modell. Der Sozialstaat als Wohlstandsmotor“ von Andreas Oppacher eine aktuelle Thematik an.

Anliegen des Autors ist es, nicht nur einzelne Aspekte wie etwa die Arbeitslosenquote oder das Bildungssystem herauszugreifen, sondern das skandinavische Modell als Ganzes zu verstehen. Mit der vergleichenden Länderanalyse verfolgt er das Ziel, Lehren für Deutschland zu ziehen und festzustellen, welche Merkmale übertragbar sind.

In den ersten beiden Kapiteln untersucht Oppacher zunächst die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland. Im dritten Kapitel dann nimmt er einen Vergleich mit den skandinavischen Ländern vor, um schließlich im vierten Kapitel Empfehlungen für die Bundesrepublik zu entwickeln. Dabei stellt er fest, dass im Unterschied zu Deutschland in Skandinavien in den vergangenen 20 bis 25 Jahren kein radikaler Abbau des Sozialstaates betrieben wurde. Während in Deutschland die Binnennachfrage und der Staat immer mehr geschwächt wurden, sorgen in den skandinavischen Ländern ein starker Staat und eine stabile Binnenkonjunktur für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Als Handlungsempfehlungen für Deutschland nennt er unter anderem die Reform der Sozialversicherung hin zu einer Bürger- und Erwerbstätigenversicherung, die sinnvollere Verteilung der Steuereinnahmen zur Stärkung der Kommunen sowie Verbesse-



Andreas Oppacher plädiert in seinem Buch für eine solidarische Gesellschaft.

rungen im Bildungsbereich. Oppacher plädiert am Schluss des Buches eindeutig für eine solidarische Gesellschaft mit einem starken Staat, den er in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft immer für finanzierbar hält. Oppachers zahlreiche Empfehlungen aus dem Ländervergleich stimmen in vielen Punkten mit den sozialpolitischen Zielen und Forderungen des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. überein. Die Daten und Materialien der Analyse liefern zudem unterstützende und stichhaltige Argumente für ein solidarisches Gesellschaftsmodell. Das Buch „Deutschland und das Skandinavische Modell. Der Sozialstaat als Wohlstandsmotor“ von Andreas Oppacher ist 2010 im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienen und kostet 14,90 Euro. Es ist im Buchhandel und im Internet in verschiedenen Online-Versandhäusern erhältlich.

Arbeitslosigkeit steigt

Jetzt handeln

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. fordert Maßnahmen gegen die steigende Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung in Niedersachsen. „Beschönigungen helfen den Betroffenen nicht, die Politik muss jetzt handeln“, sagt der 2. Landesvorsitzende Horst Wendland. Die Kernforderungen sind die Erhöhung der Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten, die personelle Wiederaufstockung der Integrationsfachdienste zur Arbeitsvermittlung von Betroffenen sowie die inklusive Beschulung behinderter Kinder. Das Sozialministerium hatte nach einem Zeitungsbericht verlautbart, dass das Land bei der Gesamtzahl der arbeitslosen Behinderten im Bundesvergleich gut liege. „Die Entwicklung ist jedoch negativ, das zeigt die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu 2009. Wir brauchen eine Anhebung der Beschäftigungsquote Schwerbehinderter“, betont Wendland: „Darüber hinaus benötigen wir eine Bekanntmachung des Angebots für Arbeitgeber, wenn sie Menschen mit Handicap einstellen wollen. Auch die Bewerber brauchen mehr Informationen darüber, dass ihnen Unterstützung zusteht.“

Landesverband führt Infoveranstaltung durch

Schwerbehindertenvertretung



Günter Steinbock (rechts) leitete die Informationsveranstaltung, an der Interessenten aus verschiedenen Behörden und Unternehmen teilnahmen.

Wie sollte die Wahl einer Schwerbehindertenvertretung organisiert werden? Mit dieser Frage befasste sich die eintägige Informationsveranstaltung, der der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. in Hannover organisiert hat.

Dabei informierte der Referent Peter Rudel über die Wahlvoraussetzungen sowie den Zeitpunkt der Wahl der Schwerbehindertenvertretung. Rudel ist ehemaliger Referent für Schulungs- und Öffentlichkeitsarbeit beim Integrationsamt in Hildesheim. Bei der Veranstaltung, die vom Landesvor-

standsmitglied Günter Steinbock geleitet wurde, erfuhren die Teilnehmenden darüber hinaus Wissenswertes über den Personenkreis, der an einer Wahl teilnehmen kann sowie über das aktive und passive Wahlrecht.

In diesem Zusammenhang stellte Rudel auch eine Broschüre des Hildesheimer Integrationsamtes zur Wahl einer Schwerbehindertenvertretung vor, in der auch ein Wahlkalender enthalten ist, der die Durchführung und den Ablauf einer ordnungsgemäßen Wahl erleichtert.

Die Serie im Niedersachsen-Echo: SoVD-Mitglieder im Landtag

„Staat muss sozial Schwache schützen“

Der SPD-Politiker Heiner Bartling war Innenminister in Niedersachsen und Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Landtagsfraktion. Als Mitglied des Landtages und Präsident des Niedersächsischen Turnerbundes kann der 63-jährige ehemalige Lehrer jedoch keineswegs über Langeweile klagen. In einer Arbeitspause sprach das „Niedersachsen-Echo“ mit dem Rinteller, der dem SoVD seit mehr als 20 Jahren angehört.

Wie kam es zur Mitgliedschaft im SoVD?

Durch meine kommunalpolitische Arbeit im Stadtrat und für meinen Wahlkreis, den ich 1986 für die SPD zurückgewinnen konnte. Dabei hat man immer Kontakt zu Gewerkschaften und Sozialverbänden, und ich fand irgendwann, dass es sich für einen Sozialdemokraten einfach gehört, neben einer Gewerkschaft auch einem vernünftigen Sozialverband wie dem Reichsbund anzugehören.

Später wurde aus dem Reichsbund der SoVD - wie ist Ihr Kontakt heute zum Verband und seinen Themen?

Mein politisches Arbeitsgebiet ist im Kern zwar ein anderes, aber ich befasse mich oft mit dem, was im 'Niedersachsen-Echo' berichtet wird. So kann ich die Positionen des SoVD in meine Überlegungen und Entscheidungen einbeziehen, selbst wenn hinterher nicht immer alle Forderungen erfüllt werden können. Berührungspunkte gibt es außerdem durch den Bereich Kriegsgräberfürsorge, weil ich beim Volksbund ehrenamtlich als stellvertretender Landesvorsitzender tätig bin.

Das Kürzungspaket der Bundesregierung wurde öffentlich scharf kritisiert. Wie sehen Sie das?

Es ist sozial unausgewogen, das weiß inzwischen jeder. Für mich ist ein entscheidender Punkt, dass wir von der Spardebatte hinkommen zur Frage, was muss der Staat an Leistungen erbrin-

gen. Beim niedersächsischen Landeshaushalt soll mir mal jemand sagen, wo da noch gespart werden kann. Aus meiner Sicht braucht ein starker Staat eine finanzielle Ausstattung, die es ihm ermöglicht, vor allem sozial Schwache zu schützen. Auch wer zum Beispiel in der Pflege oder bei öffentlich Bediensteten sparen will, der geht einen absolut falschen Weg. Das sind Notwendigkeiten, die erfüllt werden müssen. Das größte Problem mit solchen so genannten Sparpaketen habe ich dort, wo die Leistungsfähigen in unserer Gesellschaft nicht entsprechend herangezogen werden. Ich habe keine Angst davor zu sagen, dass in manchen Bereichen Steuererhöhungen vorgenommen werden müssen - wie beim Spitzensteuersatz.

Wie schützen Sie die Haltung der Landesregierung auch im Bereich der Sozialpolitik ein?

Im Moment ist die Bereitschaft der Landesregierung nicht da, beispielsweise die Anhebung des Spitzensteuersatzes durch Bundesrats-Initiativen zu unterstüt-

zen. Der neue Ministerpräsident müsste sich eigentlich darauf einlassen, denn wenn er weitermachen wie die alte Landesregierung, steht Niedersachsens Handlungsfähigkeit vor dem Aus. Die finanziellen Spielräume sind einfach nicht vorhanden. Wir haben zudem eine dramatische Entwicklung der kommunalen Finanzen. Die Gemeinden brauchen dringend eine finanzielle Ausstattung, die ihnen erlaubt, ihre Aufgaben zu erfüllen.

2013 will die SPD in Niedersachsen und im Bund die Regierung übernehmen. Wie wollen Sie die Finanznot in den Griff bekommen?

Ich sehe keine Möglichkeit, noch mehr zu sparen. Wir müssen aus der Schuldenfalle herauskommen durch die Verbesserung der Einnahmesituation. Dazu gehört neben der Landespolitik vor allem die Bundesebene. Dort müssen wir Einnahmequellen erschließen, die gerecht sind. Wir haben Probleme, die wir nur dann lösen können, wenn die Länder größere Steuereinnahmen bekommen.



Heiner Bartling in der Halle des Landtages.

Impressum

SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstr. 31, 30159 Hannover
Tel.: (0511) 70 148 0
Fax: (0511) 70 148 70
www.sovd-nds.de
E-Mail: presse@sovnd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:

Stefanie Jäkel
Tel.: (0511) 70 148 54
Christian Hoffmann (Leitung)
Tel.: (0511) 70 148 69

Bildbearbeitung und Grafik:

Barbara Dräger
Tel.: (0511) 70 148 38

Vertrieb und Druck:

Zeitungsdruck Dierichs, Kassel